

Polizeipräsidium Bonn
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Königswinterer Straße 500
53227 Bonn



Erreichbarkeiten:
Telefon: 0228/15-0
Telefax: 0228/15-1238
Email: datenschutz.bonn@polizei.nrw.de
Internet: www.polizei.nrw.de/bonn

Datenschutzhinweise im Rahmen der Anmeldung von Versammlungen

Der Umgang mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten hat für das Polizeipräsidium Bonn hohe Priorität. Daher möchten wir Sie nachfolgend informieren:

Was sind personenbezogene Daten?

Personenbezogene Daten sind gemäß Artikel 4 Nr. 1 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt (insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten oder zu einer Online-Kennung) identifiziert werden kann.

Verantwortlich und zuständig bei Fragen oder Beschwerden bezüglich des Umgangs mit Ihren Daten ist:

Verantwortlich für die Verarbeitung von Daten ist das Polizeipräsidium Bonn als öffentlich-rechtliche Behörde des Landes Nordrhein-Westfalen. Bei Fragen wenden Sie sich gerne an den Datenschutzbeauftragten.

PHK Andreas Schirmbeck
Polizeipräsidium Bonn
Datenschutzbeauftragter
Königswinterer Straße 500
53227 Bonn
Tel.: **0228 15 – 2180**
Fax: 0228 15 – 1238

E-Mail: datenschutz.bonn@polizei.nrw.de

Rechtsgrundlage und Zweck der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten:

Um die Bearbeitung der Bestätigungen von Versammlungen sowie die Erteilung etwaiger Auflagen für Sie zu gewährleisten, muss das Polizeipräsidium Bonn Ihre personenbezogenen Daten erheben und verarbeiten. Diese Erhebungen und Verarbeitungen sind nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 3 DSG NRW zulässig.

Auf Grundlage der §§ 5 Absatz 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes (LOG NRW), 36 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Versammlungsgesetz (ZVO VersG NRW) ist das Polizeipräsidium Bonn für die Durchführung des Versammlungsrechts sachlich zuständig. Um über Ihr Recht eine Versammlung durchzuführen entscheiden zu können, müssen unter anderem Ihre Personalien sowie die Daten erheben und verarbeiten, die beispielsweise zur Durchführung einer Geeignetheitsprüfung zur Versammlungsleitung notwendig sind.

Die Verarbeitung und Speicherung der Daten dauern nur so lange an, wie es erforderlich ist. Sofern die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten nicht beispielsweise zur Sicherungen von rechtlichen Ansprüchen, zur gerichtlichen Beweissicherung oder aufgrund einer Aktenführungspflicht notwendig sind, werden die Daten unverzüglich gelöscht.

Die Verarbeitung erfolgt zweckgebunden. Sollten die Daten zu einem anderen Zweck als den genannten verarbeitet werden, so werden Sie darüber und über alle weiteren relevanten Umstände umgehend in Kenntnis gesetzt. Es besteht keine Absicht, Ihre personenbezogenen Daten in nicht europäische Drittländer bzw. in Länder zu übermitteln, die nicht Teil des Europäischen Wirtschaftsraums sind. Viel mehr verbleiben die Daten innerhalb des Polizeipräsidiums Bonn. Viel mehr verbleiben die Daten innerhalb des Polizeipräsidiums Bonn oder werden gegebenenfalls zweckgebunden an zu beteiligende Behörden übermittelt, um eine vollständige Bearbeitung zu ermöglichen.

Die Pflichten des Polizeipräsidiums Bonn gegenüber Ihnen als Bürgerin oder Bürger und Ihre Rechte nach dem neuen Datenschutzrecht

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte, deren Einzelheiten Sie in den Art. 15 – 18 DSGVO geregelt sind:

Recht auf Auskunft gem. Art. 15 DSGVO

Sie haben das jederzeitige Auskunftsrecht über die Rechtsgrundlagen, den Zweck, sowie den Umfang der Datenverarbeitung. Ein entsprechender Antrag sollte Ihr Anliegen präzisieren, um die Zusammenstellung von Informationen zu erleichtern.



Recht auf Berichtigung gem. Art. 16 DSGVO

Sollten die betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben Sie das Recht, unverzüglich die Berichtigung bzw. die Vervollständigung der entsprechenden Daten zu verlangen.

Recht auf „Vergessen werden“ / Löschung gem. Art. 17 DSGVO

Sie können unter den in Art. 17 DSGVO statuierten Voraussetzungen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Dieser Lösungsanspruch hängt davon ab, ob diese Daten zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben noch benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO

Unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen haben Sie das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen.

Recht auf Datenübertragbarkeit gem. Art. 20 DSGVO

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und das Recht, die Daten ohne Behinderung des Polizeipräsidiums Bonn als Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen zu übertragen, sofern die in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Recht auf Widerspruch gem. Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, **jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen**. Allerdings kann dem nicht nachgegeben werden, wenn das Polizeipräsidium Bonn zwingende Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen in einer Abwägung überwiegen oder wenn die Verarbeitung der Ausübung, Verteidigung oder Geltendmachung von Rechtsansprüchen dient.

Sie haben keine Pflicht, dem Polizeipräsidium Bonn Ihre personenbezogenen Daten mitzuteilen, sofern eine Mitteilungspflicht nicht gesetzlich, beispielsweise in § 14 VersG, vorgesehen ist. Jedoch können Ihre Anträge möglicherweise nicht bearbeitet werden, sofern ohne diese gesetzlich erforderliche Überprüfungen unterbleiben muss.

Recht auf Beschwerde gem. Art. 77 DSGVO

Sie können bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen, sofern Sie der Ansicht sind, dass die durchgeführte Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Die diesbezüglich zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen (LDI NRW).

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf

Tel.: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Beschränkung

Sofern Ihre Daten zum Zwecke der Strafverfolgung benötigt werden, sind ihre Rechte nach §§ 11 bis 13 DSG NRW wegen des dann überwiegenden öffentlichen Interesses entsprechend eingeschränkt.

Bei Fragen diesbezüglich wenden Sie sich gerne an den Datenschutzbeauftragten.

Stand 30.08.2023